



Löhne schützen, nicht Grenzen

Gewerkschaftliche Gedanken in der P.S.

Beginnen wir dort, wo wir uns alle einig sind: Eine Annahme der SVP-Kündigungsinitiative wäre verheerend und würde den bilateralen Weg mit der EU beenden. Die ganze Debatte um das Rahmenabkommen könnten wir uns dann schenken.

Die Gewerkschaften stehen für die Personenfreizügigkeit ein. Sie ist ein Grundrecht und verhindert Diskriminierungen. Aber wir bestehen auch darauf, dass die Freiheit mit starken Arbeitnehmerrechten verbunden wird. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss durchgesetzt werden können. Den Arbeitnehmenden auf Baustellen, in Zulieferbetrieben oder im prekarierten Teil des Dienstleistungssektors, wo Bschiss, Dumping und Tiefstlöhne an der Tagesordnung sind, müssen wir nicht erklären warum.

Für diese Beschäftigten sind Lohndruck und Existenzängste real. Und diese öffnen Rechtspopulisten Tür und Tor. Die Frage, ob die Schweiz die Personenfreizügigkeit mit einem glaubwürdigen und wirksamen Lohnschutz verbinden kann, ist darum nicht nur sozial- sondern auch europapolitisch zentral. Deswegen verträgt es keine Kompromisse, wenn es um die Sicherstellung von gesamtarbeitsvertraglichen oder branchen- und ortübliche Löhne geht.

Und damit kommen wir zur Kernfrage: Was für eine Schweiz wollen wir? Eine Schweiz der Mauern der SVP? Oder eine offene und soziale Schweiz? Gewerkschafter*innen und Progressive in ganz Europa verstehen, dass diese Fragen unweigerlich mit dem Lohnschutz verknüpft ist und unterstützen uns deshalb in unserer Position: Personenfreizügigkeit und effektiver Lohnschutz gehören untrennbar zusammen. Auch beim Rahmenabkommen.

Die Flankierenden Massnahmen sind ein europaweit einzigartiges Lohnschutzsystem, dass unseren europäischen Kolleg*innen heute als Vorbild dient. Ein Dorn im Auge ist es grenznahen Entsendebetrieben, die gerne mit Dumpingangeboten und Tieflohnen ein Stück des Schweizer Markts erobern wollen; den Milliardären der SVP, welche gegen unsere Kolleginnen aus dem Ausland hetzen; und den Deregulierungsideologen von der NZZ, der GLP oder der FDP. Wie etwa Ruedi Noser, der nach der Annahme der MEI gleich die ganzen Flankierenden Massnahmen abschaffen wollte.

Ihnen sind starke Arbeitnehmerrechte und anständige Löhne natürlich suspekt. Was mir nicht in den Kopf will: wieso der Präsident des KV Schweiz den Lohnschutz leichtfertig opfern will? Denn Kontrollen im KV Bereich zeigen, dass Verstösse gegen ort- und branchenübliche Löhne auch dort nicht Ausnahme sondern die Regeln sind. Lohnschutz betrifft eben nicht nur ein paar tausend Arbeitnehmende, die als entsendete Arbeiter*innen aus der EU hierherkommen, sondern das Lohngefüge aller Arbeitnehmenden in der Schweiz.

Freiheit, Gleichheit und soziale Sicherheit setzen sich gegenseitig voraus. „Weltoffene“ PolitikerInnen, die das nicht begreifen wollen, schiessen sich ins eigene Bein. Wer den Lohnschutz schwächt, giesst Wasser auf die Mühlen der SVP-Kündigungsinitiative.

Die Schweiz und Europa haben ein besseres Rahmenabkommen verdient. Eines, das den Lohnschutz nicht schwächt, sondern stärkt. Wir müssen die Löhne schützen, nicht die Grenzen. Deshalb jetzt zusammen mit progressiven Kräften aus ganz Europa den Aufruf unterschreiben: loehne-statt-grenzen-schuetzen.ch

Lorenz Keller, Co-Geschäftsleiter Unia Zürich-Schaffhausen.

GBKZ, 5.4.2019.

Personen > Keller Lorenz. Lohnschutz. SVP. GBKZ, 2019-04-05